



Sitzungsvorlage

TOP 14 – öffentlich – vorberatend

Sitzungstag:	04.06.2026		
Gremium:	Bauausschuss		
Fachbereich:	Bauamt	Sitzungsnummer:	BA/2026/002
Sachbearbeiter/in:	Ralf Heimes	Vorlagennummer:	2026/062

Antrag Ratsfrau Kraus für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog - Transparenz und Beteiligung beim Net-Zero-Valley Vorhaben

Sachvortrag:

Ratsfrau Kraus hat für Bündnis 90/Die Grünen OV Langeoog den Antrag auf Transparenz und Beteiligung beim Net-Zero-Valley Vorhaben gestellt. Sie schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, den Gemeinderat und die Öffentlichkeit fortlaufend, mindestens jedoch vor jedem wichtigen Meilenstein, über den aktuellen Sachstand und den Zeitplan des Net-Zero-Valley Vorhabens zu informieren. Zu der Begründung wird auf den in der Anlage beigefügten Antrag verwiesen. Der Rat hat in seiner Sitzung am 29.04.2026 beschlossen den Antrag zur Beratung in den nächsten Bauausschuss zu verweisen.

Gemäß der Information der Nds. Staatskanzlei hat Niedersachsen „NetZero Nordwest Deutschland“ am 21.04.2026 als Net-Zero Valley anerkannt. Grundlage des Beschlusses ist nach der Veröffentlichung ein Antrag des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems in enger Zusammenarbeit mit dem Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg gemeinsam mit den Landkreisen Emsland, Leer, Aurich, Wittmund, Friesland, Wesermarsch, Cuxhaven und Stade sowie den kreisfreien Städten Emden, Wilhelmshaven und Oldenburg, der Stadt Cuxhaven und der Hansestadt Stade (https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/uber_uns/presse/presseinformationen/netzero-nordwest-deutschland-237797.html). Auch die regionalen Industrie- und Handelskammern sowie zahlreiche weitere Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung waren demnach beteiligt. Danach soll der Nordwesten zu einer zentralen Drehscheibe für die Produktion klimaneutraler Technologien in Europa werden. Es sollen die Voraussetzungen für schnelle Genehmigungen, neue Investitionen und sichere Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies soll sich auf die Ansiedlung und den Ausbau von Netto-Null-Technologievorhaben wie:

- umfangreiche verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen
- leistungsfähige Hafen- und Logistikstandorte, insbesondere in Wilhelmshaven, Emden, Cuxhaven und Stade
- eine gut ausgebaute Energieinfrastruktur, einschließlich Anbindungsperspektiven an das Wasserstoffkernnetz
- eine vielfältige industrielle Basis, unter anderem in der Automobil-, Chemie-, Luftfahrt- und maritimen Wirtschaft
- enge Vernetzung mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen

beziehen. Weiter heißt es in der Veröffentlichung, dass mit 'NetZero Nordwest Deutschland' in Niedersachsen ein Hotspot für klimaneutrale und industrielle Transformation geschaffen werden soll. So sollen Energiewende, regionale Wertschöpfung und Fachkräfteentwicklung optimal verzahnt werden. Das Net-Zero Valley soll sich dabei auf die Technologiefelder:

- Wasserstofftechnologien
- Batterie- und Energiespeichertechnologien
- Onshore- und Offshore-Windenergiotechnologien
- Solartechnologien
- Stromnetztechnologien
- weitere transformative Technologien zur industriellen Dekarbonisierung

konzentrieren. Nach den dortigen Angaben soll durch die gezielte Förderung und Sicherung europäischer Lieferketten für Netto-Null-Technologien das Net-Zero Valley einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung über die Region hinaus leisten, zentrale Vorhaben der Energiewende unterstützt werden und damit zu einer Reduktion von CO₂-Emissionen beitragen sowie die Stabilität einer nachhaltigen Energieversorgung in Europa stärken. Im Rahmen des Anerkennungsverfahrens wurde nach der Veröffentlichung eine strategische Umweltprüfung durchgeführt. Eine detaillierte umweltfachliche Bewertung einzelner Projekte ist nach dem Bericht allerdings noch nicht erfolgt und soll im Rahmen der regulären Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren durchgeführt werden. Betont wird in der Information, dass die geltenden Anforderungen etwa aus dem Arten-, Natur-, Wasser- und Immissionsschutzrecht uneingeschränkt bestehen bleiben.

Inwieweit diese Angaben tatsächlich eingehalten werden und Langeoog von diesem Zusammenschluss betroffen sein könnte, ist aus der Seite nicht zu entnehmen. Auf der Seite des Landkreises ist weiterhin keine Information veröffentlicht. Informationen sind auf der Seite von NetZero Nordwest Deutschland (<https://www.nzv-nw.de/unser-valley.html>) nachzulesen. Der NABU hat eine Information unter <https://niedersachsen.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/36310.html> veröffentlicht. Danach unterstützt der NABU grundsätzlich das Ziel die Energiewende voranzutreiben. Gleichzeitig wird aber darauf verwiesen, dass der Aufbau einer klimafreundlichen Infrastruktur nicht zulasten der natürlichen CO₂-Speicher gehen darf. Der NABU appelliert daher an die regionalen Entscheidungsträger, vorrangig auf bereits versiegelte Flächen, Industriebrachen oder andere vorbelastete Standorte zu setzen – ein Grundsatz, der auch in der EU-Verordnung verankert ist. Besonders wertvolle Naturflächen müssten hingegen schon in der Bewerbungsphase als ungeeignet für „Net Zero“-Technologien ausgewiesen werden.

Frau Kraus führt in ihrem Antrag dazu aus, dass das grundsätzliche Ziel zu begrüßen sei, es aber berechnete Interessen von Umweltschutzverbänden gäbe, die die Befürchtung hätten, dass wirtschaftliche Effizienzgedanken auf Kosten von Umweltbeteiligung und ökologischer Integrität priorisiert würden. Da in diesem Rahmen auch die CCS Technologie (*Carbon Capture and Storage*, Technologie zur CO₂-Abscheidung und dauerhaften Speicherung) angesprochen wurde und dessen mögliche Verpressung in der Nähe von Helgoland geprüft ist, besteht die Sorge, dass diese potentielle Auswirkung auf die Ostfriesische Inseln haben könnte. Es sei unklar, ob es im Vorfeld eine ausreichende Beteiligung der betroffenen Kommunen des Landkreises und einen öffentlichen Diskurs dazu gegeben habe. Die Einstufung des Vorhabens als im übergeordneten überwiegenden öffentlichen Interesse sei eine Beschränkung des Einflusses der Öffentlichkeit.

Seitens der Verwaltung wird derzeit kein Ansatzpunkt gesehen an der Diskussion beteiligt oder in die Projekte eingebunden zu werden. Möglicherweise besteht ein Ansatzpunkt in künftigen Raumordnungsverfahren, soweit die Inselgemeinde rechtzeitig Informationen zu einem solchen Verfahren erhält. Unabhängig davon können gerne jegliche Informationen, die die Inselgemeinde erhält, umgehend an den Rat kommuniziert werden.

Beschlussempfehlung:

Der Bauausschuss

Langeoog, den 27.05.2026

Anlagen:

Antrag Bündnis 90 die Grünen Transparenz und
Beteiligung beim Net-Zero-Valley.pdf
Antrag Bündnis 90 die Grünen Transparenz und
Beteiligung beim Net-Zero-
Valley_Ergänzung_260407.pdf



Mein Antrag zum Net-Zero-Valley

Von: "Bärbel Kraus" <Baerbel.Kraus@gmx.de>
An: Baerbel.Kraus@gmx.de
Datum: 07.04.2026 14:03:34

Moin zusammen,

hier zum besseren Verständnis meines Antrages einige Begründungen:

Wenn in Niedersachsen und im Landkreis WTM die industrielle Transformation konsequent auf echte Dekarbonisierung ausgerichtet werden soll, kann das geplante NZV dazu einen wichtigen Beitrag leisten, den ich ausdrücklich begrüße.

Aber nur wenn Klimaneutralität dabei nicht zur Fassade wird, hinter der neue fossile Abhängigkeiten entstehen und Emissionen lediglich eingelagert, anstatt vermieden werden.

Ein Flächenbedarf von über 6.000 Hektar für "Netto-Null-Technologien" ist zudem raumplanerisch und ökologisch hochsensibel. Transformation gelingt nämlich nur, wenn sie naturverträglich, sozial gerecht und demokratisch gestaltet wird.

Und das ist m.E. das riesengroße Problem, denn die Einstufung dieses Vorhabens als "übergeordnetes/überwiegendes öffentliches Interesse" ist eine Beschränkung des Einflusses der Öffentlichkeit. Wir erleben dies aktuell in den RVP und PFV zu den geplanten Trassenquerungen.

Zudem soll es eine Verfahrensbeschleunigung geben, in der Umweltverträglichkeitsprüfungen nur noch formalisiert stattfinden sollen.

Die Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit und der Umweltprüfungen sollten m.E. im vollen Umfang erhalten bleiben, das fordern auch die Umweltverbände mit großem Nachdruck. So ist uns zumindest auf Langeoog die Beteiligung an einer strategischen Umweltprüfung, die bis zum 23.2.2026 möglich war, entgangen.

Weshalb ich diesen Antrag gestellt habe, ist das Vorhaben, Industrieemissionen unter dem Meeresboden zu speichern und dass dafür bereits im Rahmen der deutschen CCS-Strategie CO₂-Verpressungen unter dem Nordseeboden, auch in der Nähe von Helgoland geplant sind. Das Bundeskabinett hat den Weg dafür freigemacht und die Energiefirmen stehen in den Startlöchern.

Bekannt ist, dass eine CCS-Verpressung nahe Helgoland potenzielle negative Auswirkungen auf die ostfriesischen Insel und auch auf Langeoog haben kann, die da sind:

- Umweltrisiko dass CO₂ aus den Speichern austritt und das marine Ökosystem beeinträchtigt
- Auswirkungen auf den Meeresboden und der dort lebenden Organismen bei der Vorbereitung und Nutzung der Speicherstätten
- Lärmbelästigung, da diese Arbeiten Schallwellen erzeugen, die Schweinswalde und andere Meeresbewohner stören können
- Sicherheit: div. Naturschützer incl. Greenpeace äußern Bedenken bezüglich der langfristigen Sicherheit der Speicher unter dem Meeresboden.

All dies soll in räumlicher Nähe zu unserer Insel passieren, unsere Einspruchsmöglichkeiten sind extrem beschränkt und deshalb versuche ich mit meinem Antrag lediglich auf das Thema aufmerksam zu machen und bitte die Verwaltung, die Öffentlichkeit und den Rat über den Vorgang lfd. zu informieren und den Rat auch bei evtl. Entscheidungen einzubinden, Dass die Verwaltung sich in Gesprächen mit dem Landkreis WTM und der Landesregierung für unsere Interessen einsetzt, ist für mich selbstverständlich und deshalb nicht Teil meines Antrages.

Hier kommen einige interessante Links:

Ein Blick auf die die Seite des ARL lohnt sich schon

jetzt: <https://www.nzv-nw.de/unser-valley.html>

Da sind alle möglichen Firmen aufgeführt alle mit schönen klimaneutralen

.Anliegen, aber die Firmen haben z.T. auch eine fossile Agenda.

Beispiel: TES in Wilhelmshaven hat noch vor zwei Jahren ein Projekt mit EWE unterzeichnet für grünen Wasserstoff. Das ist nach dem Ende der Ampel ausgelaufen ohne Umsetzung: 2022:

<https://www.ewe.com/de/media-center/pressemitteilungen/2022/11/tes-und-ewe-planen-bau-eines-500-mw-elektrolyseurs-am-wilhelmshavener-green-energy-hub-ewe-ag>

Jetzt aktuell findet man auf der Seite von TES WHV nur noch fossile Projekte gegreenwashed, schaut selbst

:<https://tes-h2.com/de/projekte/projects-projectgreenenergyhubwilhelmshaven>

Und dafür soll der Voßlappergraden weichen.

Sie verkaufen es als: aus CO2 Wasserstoff machen, aber das ist noch null ausgereift. Seht selbst:

<https://h2-news.de/h2talk/co2-ist-der-neue-wasserstoff-interview-mit-florian-hildebrand-ceo-von-greenlyte-carbon-technologies/>

MfG

Bärbel Kraus

